

18. August 2008

www.kas.dewww.kas.de/washington

US-Klimapolitik

Was von Barack Obama und John McCain zu erwarten ist

Gleich wer im Januar 2009 als nächster US-Präsident vereidigt werden wird, eine klimapolitische Wende ist wahrscheinlich, manche meinen sogar unvermeidlich¹. Im Kern sind die Energie- und Umweltziele von John McCain und Barack Obama ähnlich und weichen in vielen Punkten von der bisherigen Politik der Bush-Regierung ab.

- Beide Kandidaten versprechen drastische Reduzierungen der Treibhausgasemissionen.
- Beide befürworten eine Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei den internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels.
- Beide wollen die amerikanische Abhängigkeit von ausländischem Erdöl reduzieren und die Entwicklung neuer, sauberer Technologien fördern.
- Beide unterscheiden sich aber darin, wie sie diese Ziele erreichen wollen².

Klimawende beim Klimawandel

Nach Jahren einer geringen Priorität seitens der US-Bundesregierung für den Klimaschutz ist in Amerika ein neuer Umweltaktivismus ausgebrochen³. Seit dem Triumph-

zug von Al Gores Blockbuster "Eine unbequeme Wahrheit" und angesichts einer Reihe von Naturkatastrophen sowie dramatischen Benzinpreiserhöhungen herrscht in Amerika ein günstiges Klima für umweltpolitische Initiativen. New Yorks Bürgermeister will alle Taxis in seiner Stadt bis zum Jahr 2012 auf Fahrzeuge mit Hybridantrieb umstellen⁴.

Der Bürgermeister von San Francisco hat in seinen Stadtbehörden den Wasserkonsum aus Plastikflaschen verboten⁵, und Washingtons Bürgermeister hat seinen Geländewagen gegen einen Smart eingetauscht⁶. Auch in Bundesstaaten machen Landespolitiker mit immer neuen Klimaschutzinitiativen auf sich aufmerksam, allen voran Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Er ging mit seiner klimapolitischen Pionierarbeit sogar auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung.

Im Wahljahr 2008 verknüpfen sich damit sowohl in Amerika selbst als auch weltweit Hoffnungen auf eine neue klimapolitische Führungsrolle des zukünftigen US-Präsidenten – bei der nationalen Gesetzgebung aber auch bei internationalen Klima-

⁴ "Mayor Bloomberg Orders Taxi Cabs to Be Hybrid by 2012", Stacie Servetah und Adam Cataldo, Bloomberg.com, 22. Mai 2007

⁵ "San Fran Gets Smart on the Stupidity of Bottled Water", The Huffington Post, Olivia Zaleskim 25. Juni 2007

⁶

http://blog.washingtonpost.com/dc/2008/06/fenty_gets_new_wheels.html

¹ Vgl. "Obama and McCain both offer new departure for US", AFP, 15. Juni 2008, <http://afp.google.com/article/ALeqM5j5n5VTirfbjW-R12VNX3ENcK3Kg>

² Vgl. "Shades of Green", Margaret Kriz, National Journal, 21. Juni 2008

³ Vgl. "That Buzz in Your Ear May Be Green Noise", Alex Williams, New York Times, 15. Juni 2008

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

schutzabkommen. Klimaschutz, so manche Insider, rangiert – nach der wirtschaftlichen Situation - als Problem weit oben auf der Prioritätenliste des neuen Präsidenten und den neuen Kongresses.⁷ Vor dem Hintergrund der Befürwortung einer aktiven Klimapolitik durch die amerikanische Bevölkerung, der bereits gestarteten Klimainitiativen von Kommunal- und Regionalpolitikern, der flankierenden Unterstützung des Supreme Courts, der in seinem jüngsten Verfassungsurteil die Regulierung von Treibhausgasen durch die US-Umweltbehörde EPA legitimierte, und mit den beiden "klimafreundlichen" Präsidentschaftskandidaten könnten die USA sehr bald die Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen.⁸

"Kyoto-Skeptiker" kurz vor dem Aus?

Ja, es gibt sie immer noch – die "Kyoto-Skeptiker", die gegen das "Lügen-Diktat" des Weltklimarates (UNIPCC) protestieren und sich der Panikmache der "Klimaorthodoxie" nicht unterwerfen wollen: "Hallo Al Gore! Hallo UNIPCC! Eure Wissenschaft ist fehlerhaft. Eure Hypothese ist falsch. Eure Daten sind manipuliert. Und (...) eure Angsttaktiken sind bedauerlich. Die Erde hat kein Fieber. Kohlendioxid verursacht keine signifikante Erderwärmung."⁹ Noch vor wenigen Tagen propagierte eine konservative Lobby-Organisation die Neuauflage der vor zehn Jahren erschienenen ersten "Global Warming Skeptic Petition"¹⁰. Immer mehr geraten die Positionen der Klimagegner jedoch bei der amerikanischen Öffentlichkeit ins Abseits.¹¹

⁷ Vgl. "Congressional Insiders Poll", "What will be the most urgent priority facing the next president and Congress in January", National Journal, 7. Juni 2008

⁸ "Why the Climate Bill Failed", Eric Pooley, TIME, 9. Juni 2008

⁹ John Coleman vs. Al Gore, busimmons, 15. Juni 2008

¹⁰ Vgl. Newsletter der American Conservative Union Foundation, "31.000 Kyoto Skeptics", Dennis Avery, 11. Juni 2008

<http://www.acuf.org/issues/issue109/080607cul.asp>

¹¹ "Heating Up", Laurie David, Elle, Mai 2008

In der Tat gehört die Einschätzung, dass die Folgen der Erderwärmung bereits jetzt spürbar sind, immer mehr zum amerikanischen Mainstream (2001: 54%; 2008: 61%). In den letzten Jahren ist die Anzahl der Amerikaner, die glauben, dass die Erderwärmung noch zu ihren Lebzeiten eine ernsthafte Bedrohung darstellen wird von 25% im Jahr 1997 auf 40% im Jahr 2008 angestiegen. Die Mehrheit der Amerikaner meint gar, dass sie ihre Lebensgewohnheiten geändert haben, um die Umwelt zu schützen (55% kleine Veränderungen; 28% große Veränderungen)¹². Die Frage, ob sie an die These der Erderwärmung durch Treibhausgase glaubten, beantworteten im letzten Jahr 71% der Amerikaner mit "Ja" (23% "Nein"). Eine Umfrage der Stanford University in Kooperation mit Associated Press bezifferte diese Zahl im letzten Jahr sogar auf 81 Prozent¹³. Bereits im letzten Jahr bezeichneten Amerikaner mehrheitlich das Problem der Erderwärmung als "wichtigstes globales Umweltproblem"¹⁴

Amerikaner befürworten aktive Klimapolitik

Darüber hinaus unterstützt die Mehrheit der Amerikaner staatliche Eingriffe (z.B. über Steuergesetze) zum Klimaschutz: 77% der Befragten befürworteten im Sommer 2007 staatliche Regulierungen bei Kfz-Treibstoffverbrauchsnormen (44% für Vorschriften; 33% für Anreize). 78% der Befragten sprachen sich für staatliche Emissionsgrenzen für Kraftwerke aus (57% für Vorschriften; 21% für Anreize). Mehr als zwei Drittel der Amerikaner waren bereits im vergangenen Jahr der Meinung, dass Präsident Bush nicht genug für den Klimaschutz getan habe (68%) und für fast zwei Drittel der Amerikaner (63%) war die Klimapolitik ihrer Kongressabgeordneten ein wichtiger Faktor bei ihrer Stimmabgabe (für 59% einer von mehreren Faktoren, für 4% der wichtigste Faktor). Auffällig beim Wäh-

¹² Vgl. Gallup Poll, 6.-9. März 2008, Vgl. www.Pollingreport.com "Environment"

¹³ Vgl. Gallup Poll, 6.-9. März 2008, Vgl. www.Pollingreport.com "Environment"

¹⁴ Ebenda

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

lerverhalten ist die unterschiedliche Gewichtung des klimapolitischen Faktors bei Republikanern und Demokraten: für 77% der demokratischen Wähler spielt die Klimapolitik bei ihrem Wahlverhalten eine Rolle (70% ein Faktor von mehreren; 7% ausschlaggebender Faktor), verglichen mit lediglich 22% für republikanische Wähler. Für zwei Drittel der unabhängigen Wähler spielt die klimapolitische Haltung ihrer politischen Kandidaten ebenfalls eine Rolle (für 65% ein Faktor von mehreren; für 3% ausschlaggebender Faktor).

Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern

Eine aktuelle Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Pew ergab, dass der Anteil der Amerikaner, die glauben, dass die Erde wärmer wird (77%), seit Januar 2007 abgenommen hat (-6%). Grund dafür ist der abnehmende Anteil der Republikaner (2007: 62%), die die Erderwärmung als Tatsache akzeptieren (2008: -13%)¹⁵. Noch strittiger sind die Meinungen über die Ursachen der Erderwärmung. Weniger als die Hälfte der Amerikaner (47%) ist davon überzeugt, dass diese auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Während Demokraten mehrheitlich dieser Meinung sind (58%), glauben dies lediglich 27% der Republikaner, jedoch immerhin die Hälfte der unabhängigen Wähler (50%). Noch ausgeprägter sind die parteipolitischen Unterschiede bei Wählern mit höherem Bildungsniveau. Unter Befragten mit Universitätsabschluss glaubten 75% der Demokraten und 57% der Unabhängigen an die menschliche Verursachung der Erderwärmung, dagegen nur 19% der Republikaner. Auch im Kongress selbst spiegelt sich die parteipolitische Spaltung bei den Ansichten über die Ursachen der Erderwärmung wider. In einer Befragung des National Journal waren 95% der Demokraten davon überzeugt, dass die Erderwärmung Folge ist von durch

¹⁵ Vgl. "An Increase in GOP Doubt About Global Warming Deepens Partisan Divide", Pew Research Center Publication, 8. Mai 2008, <http://pewresearch.org/pubs/828/global-warming>

Menschen verursachte Umweltverschmutzung, jedoch lediglich 26% der Republikaner.¹⁶

McCain profiliert sich klimapolitisch als "Anti-Bush"

Angesichts dieser parteipolitischen Unterschiede könnte ein außen stehender Beobachter schnell zu dem Schluss kommen, dass die Demokraten in diesem Präsidentschaftswahlkampf bei den "Klima-Wählern" im Vorteil wären. Bei manch anderen republikanischen Präsidentschaftskandidaten wäre dies wohl zutreffend. Nicht jedoch bei John McCain. Denn er kann als moderater Republikaner glaubwürdig beanspruchen, mit Klimaschutzgesetzen im Senat gegen die Ver säumnisse der Bush-Regierung angekämpft zu haben. Er wurde mit diesen Initiativen gar zum Störenfried für die eigene Parteibasis. Diesen Nachteil will er indes durch den Zugewinn unter unabhängigen Wählern der Mitte kompensieren. Gerade mit seiner Klimapolitik könnte es McCain gelingen, sich als "Anti-Bush" zu profilieren, und damit seinen demokratischen Gegnern, die eine McCain-Präsidentschaft zu einer "dritten Bush-Amtszeit" abstempeln wollen, die Angriffsfläche zu entziehen. John McCain betont: "Der Präsident und ich haben seit vielen Jahren darüber (Klima- und Umweltpolitik) verschiedene Meinungen... Es gibt seit langem einen bedeutenden, tiefgehenden, starken Unterschied bei diesem Thema zwischen mir und der Bush-Regierung."¹⁷

In der Tat umfasst das klimapolitische Programm von John McCain ähnliche Strategien wie das seines demokratischen Rivalen¹⁸. McCain befürwortet einen verbindlichen Emissionshandel ("cap-and-trade program") zur Drosselung des Treibhausgases, die ver-

¹⁶ Congressional Insiders Poll, National Journal, 7. Juni 2008, http://www.nationaljournal.com/njmagazine/ip_20080607_9244.php

¹⁷ "Stumping on Climate, McCain Faults Bush", Elisabeth Bumiller, New York Times, 14. Mai 2008

¹⁸ Vgl. League of Conservation Voters, <http://presidentialprofiles2008.org/McCain/tab1.html>

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

stärkte Nutzung sauberer, erneuerbarer Energiequellen, aber auch der Kernenergie (im Unterschied zu Obama, der Atomkraft nur unter gewissen Voraussetzungen ausbauen würde). McCain war unter den republikanischen Präsidentschaftskandidaten der einzige, der die Erderwärmung in seine Wahlkampfplattform aufnahm und sie regelmäßig bei Wahlkampfauftritten thematisierte. Im Kongress war er geradezu Vorreiter für eine engagiertere Klimapolitik, insbesondere mit seiner Gesetzesinitiative zur Eindämmung von Treibhausgasen, die er bereits 2003 zusammen mit seinem (damals noch) demokratischen Amtskollegen Joe Lieberman als erste derartige Vorlage im Senat einbrachte. Im Gegensatz zu seinen republikanischen Parteikollegen weist McCain immer wieder auf die wirtschaftlichen Vorteile hin, die der Kampf gegen die Erderwärmung und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen mit sich bringen wird. Außerdem ist er davon überzeugt, dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung der nationalen Sicherheit Amerikas darstellt.

Dennoch erhält McCain keine guten Zensuren von amerikanischen Umweltverbänden. Ein Grund dafür ist die von ihm avisierte Verringerung der Treibhausgase um 65 Prozent bis 2050 (Ausgangsjahr 1990), statt der vom Weltklimarat zur Vermeidung größerer Umweltkatastrophen empfohlenen Verringerung um 80 Prozent. Auch McCains Unterstützung einer intensiveren Nutzung von Kohle- und Nuklearenergie findet keine positive Resonanz bei Umweltschützern. Sie bemängeln außerdem das Fehlen von schärferen Richtwerten bei den Treibstoffverbrauchsnormen und der Energieeffizienz. McCains Abstimmungsverhalten im Senat, z.B. seine Nein-Stimme im Jahr 2005 zur Einführung verbindlicher Standards für Stromkraftwerke bei der Einbeziehung von sauberen, erneuerbaren Energien (10% bis 2020) und sein inkonsistentes Abstimmungsverhalten beim Naturschutz, z.B. Erschließung eines Naturschutzgebietes im Nordosten Alaskas (ANWR)¹⁹, haben dazu

¹⁹ McCain war bisher gegen Erdölerschließungen in ANWR, lässt jedoch als "Föderalist" prinzipiell die Möglichkeit offen, diese Entscheidung den Bundesstaaten zu überlassen.

geführt, dass die Umwelt-Lobby-Organisation League of Conservation Voters McCain lediglich die umweltpolitische "Life Time"- Gesamtpunktzahl von "26" (von maximal 100) gab. Sein jüngster Appell, zur Sicherung der nationalen Energieversorgung bis zum Jahr 2030²⁰ 45 neue Atomkraftwerke zu bauen und das seit Jahrzehnten bestehende Bohrverbots in Amerikas Küstenregionen ("moratorium on off-shore drilling")²¹ aufzuheben, löste bei Umweltschützern Empörung aus. Außerdem gefährdet er seine Wahlaussichten in den Schlüsselstaaten Kalifornien und Florida mit ihren langen Küsten²².

Obama: Modell und Primus demokratischer Klimapolitik

John McCain hat das republikanische Lager für das Thema Klimapolitik geöffnet. "Nichtstun gegen die Erderwärmung ist in der Politik eines Präsidenten keine Option mehr"²³. Dagegen profiliert sich Barack Obama mit seiner Klimapolitik geradezu als Prototyp der demokratischen Umweltpolitik. Auf der Internetseite Obamas zum Thema Umweltschutz gerät das Ranking der Umweltschützer geradezu zum Werbespot für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten: "Die League of Conservation Voters hat Barack Obama die beste Beurteilung (life time rating) unter allen gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten gegeben (96)."²⁴ Für Barack Obama ist die Erderwärmung ein Problem, dessen Lösung sofort angegangen werden muss, nicht ein "some-day problem, as it is now." Er verspricht den Wählern, "wenn die Welt an den Stufen

²⁰ Vgl. "McCain Sees Need for More Nuclear Power", Laura Meckler, Rebecca Smith, The Wall Street Journal, 19. Juni 2008

²¹ <http://www.johnmccain.com/Informing/News/PresReleases/Read.aspx?guid=0fde5172-01fb-4782-8882-adb0e9798dd5>

²² Vgl. "McCain plays with fire on offshore drilling", Politico, Charles Mahtesian, David Mark, 18. Juni 2008, <http://www.politico.com/news/stories/0608/11154.html>

²³ "How Green is John McCain?", TIME, Bryan Walsh, 12. Mai 2008

²⁴ <http://www.barackobama.com/issues/pdf/EnvironmentFactSheet.pdf>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

des Weißen Hauses ankommt, um zu hören, was Amerika zum Klimawandel zu sagen hat, werde ich sie wissen lassen, dass Amerika diese Herausforderung annehmen wird. Dass Amerika bereit ist, wieder zu führen." Für Obama ist Klimawandel "die wichtigste Herausforderung dieses Zeitalters", und er will Präsident der Vereinigten Staaten werden, "um uns in diese neue Ära zu führen."²⁵

Barack Obamas umfassender Plan zum Klimawandel und zur Energiepolitik gerät dabei zum klimapolitischen Wunschkatalog²⁶. Er enthält ein verbindliches Emissionshandelsprogramm, das im Einklang mit den Empfehlungen des Weltklimarates eine Reduktion der Treibhausgase von "80% bis 2050" und einen erhöhten Verbrauch von sauberen, erneuerbaren Energien im Energiemix der USA vorsieht (25% bis 2025)²⁷. In seinen Erläuterungen zur "menschheitsbedrohende Klimakrise" scheut sich Obama nicht zuzugeben, dass die erforderliche Transformation des Energieverbrauchs anfangs mit Kosten verbunden sein wird. Er betont jedoch, dass dieser Übergang eine neue Generation von "clean energy jobs" schaffen und neue Chancen für die amerikanische Wirtschaft eröffnen wird. Sein Klimaprogramm sieht eine Anhebung der Kfz-Treibstoffverbrauchsnormen (CAFE standard) auf 50 mpg (miles per gallon) bis 2020 vor. Zur Abmilderung der in der Übergangsphase für die Autoindustrie anfallenden Mehrkosten schlägt Obama staatliche Subventionen für die Krankenversicherungsprämien der in der Autoindustrie beschäftigten Amerikaner vor, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung von energieeffizienten Autos ("Health Care for Hybrids Act"). Zwar sagt Obama nicht prinzipiell "Nein" zur Nutzung von Kernenergie, aber für ihn kommt der Neubau von Kernkraftwerken erst dann in Frage, wenn die

²⁵ Vgl. Portsmouth-Rede am 8. Oktober 2007, "Real Leadership for a Clean Energy Future", http://www.barackobama.com/2007/10/08/remarks_of_senator_barack_obama_28.php

²⁶ Vgl.

<http://presidentialprofiles2008.org/voterguide/obama-page.html>

²⁷ Weitere Einzelheiten, vgl. Tabelle im Anhang

Probleme der Endlagerung gelöst sind. Im vergangenen Jahr hat er für Investitionen im Bereich der Kohleverflüssigung gestimmt, solange sie mit einer 20-prozentigen Reduktion der Kohlenstoffverschmutzung (verglichen mit der Verschmutzung durch konventionelles Benzin) einhergeht. Außerdem war er Co-Sponsor des "Global Warming Pollution Reduction Act", des strengsten Gesetzes zur Erderwärmung, das je im Senat vorgelegt wurde. Obama hat konsistent für den Schutz von Amerikas Küstenregionen gestimmt und Ölbohrungen in den Küstengewässern ("off-shore drilling") abgelehnt. In die Erforschung von Technologien zur Herstellung neuer Bio-brennstoffe (Ethanol) will Obama \$150 Mrd. über 10 Jahre in Form von Steueranreizen, direkten Subventionen und Regierungsverträgen investieren. Bis zum Jahr 2013 sollen dann die ersten zwei Milliarden Gallonen Ethanol auf den Markt kommen.

Republikanisches 'enfant terrible' gegen demokratisches Wunderkind

Konfrontiert mit Benzinpreisen in Rekordhöhe und täglich neuen Fernsehbildern von dramatischen Naturkatastrophen hat sich in der Wahrnehmung der Amerikaner eine Verbindung zwischen Energie- und Klimapolitik entwickelt. Für den Präsidentenwahlkampf bedeutet das, dass verstärkt Energie- und Klimapolitik gemeinsam diskutiert werden. Dabei muss John McCain eine Gratwanderung vollführen zwischen den für seinen Wahlsieg nötigen umweltbewussten unabhängigen Wählerstimmen und der Basis der republikanischen Partei, der das bezahlbare Angebot an Energie für die amerikanischen Verbraucher wichtiger ist als der Klimaschutz. Bei diesem Balanceakt sieht der klimapolitische Spagat McCains nicht immer elegant aus, wie die Washington Post kürzlich spottete: "Wenn John McCain so weiter tanzt, wird er sich noch eine Hüfte brechen."²⁸ Einerseits geriert er sich mit seiner Unterstützung des Emissionshandels

²⁸ "Put Your Right Wing In, Take Your Left Wing Out", Dana Milbank, The Washington Post, 17. Juni 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

als Umweltschützer, andererseits will er in Amerikas Küstengewässern nach weiteren Ölquellen bohren, um den Öldurst der Amerikaner zu stillen. Einerseits bleibt er (bisher) standhaft bei seinem "Nein" zu Ölbohrungen in Alaskas Naturschutzgebiet (ANWR), andererseits befürwortet er den Bau neuer Atomkraftwerke und ist vehement gegen staatliche Ethanol-Subventionen – ein komplizierter Tanz des republikanischen "enfant terrible".²⁹

Aber auch das demokratische Wunderkind Barack Obama schaukelt mit seiner Klimapolitik einmal mehr nach links, so mit dem Wahlversprechen zur Ethanolförderung im Maisanbaustaat Iowa, der ihm seinen ersten Vorwahlsieg bescherte, und einmal mehr nach rechts, wie in seinen Kampagnenbesuchen in den Kohlestaaten Kentucky und West Virginia, wo Obamas Kohlepolitik ("Ja" zu "sauberer Kohle") bei den Wählern gut ankommt. Im klimapolitischen Swing zwischen "corn belt" und "coal belt" schwankt Obama zwischen einem von Umweltschützern verschmähten "Nie Nein" zur Atomenergie und einer viel beklatschten Standhaftigkeit beim absoluten "Nein" zu Ölbohrungen in Alaskas Naturschutzgebiet und an Amerikas Küsten.

Klimapolitik als Kristallisierungspunkt im Wahlkampf

Neben dem Kampf um die Wähler der Mitte bedienen beide Präsidentenkandidaten für die Wahlen wichtige traditionelle Zielgruppen: McCain macht sich bei der republikanischen "constituency" der Energieerzeuger (Öl, Kohle, Atomkraft) und der Autoindustrie im "rust belt" beliebt, und Obama hofiert die neuen Industrien der alternativen Energien, wobei er bereits Gefahr läuft, zu eng mit der Ethanol-Lobby verbandelt zu sein³⁰. Gefahren lauern dabei auf beide Lager, so Newt Gingrich, der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses und Autor des Buches "A Contract With the Earth". Ein Demokrat, so Gingrich, der mit "litigation and

regulation" Wahlkampf macht, könnte bei den Wählern auflaufen. "Man kann die Kosten genau kalkulieren."³¹ Bei den Republikanern sei es umgekehrt: "Ein Kandidat, der Anti-Umwelt ist und die Erderwärmung leugnet, geht in den Vorstädten unter." McCains Auftritt bei einem dänischen Windturbinenhersteller im Swing State Oregon, der aufgrund Mc-Cains mangelnder Unterstützung von erneuerbaren Energien im Senat von der Blogosphäre als heuchlerisch bezeichnet wurde³², birgt die Gefahr des Wählerverlustes in den Kohlestaaten Ohio und Pennsylvania, die als Swing States ebenfalls eine Schlüsselrolle spielen. Seine klimapolitischen Vorstöße beim Emissionshandel verschaffen ihm vielleicht Wählersympathien in der Mitte, verschrecken jedoch die Wähler aus dem wirtschaftsliberalen Lager³³, deren Lobbyisten mit den Argumenten "schlecht für das Wirtschaftswachstum, schlecht für den Arbeitsmarkt, keine Energiesteuer, keine höheren Strom- und Benzinpreise"³⁴ erfolgreich gegen das "Cap and Trade"-Gesetz ins Feld gezogen waren.

McCains jüngster Vorstoß zur Aufhebung des Ölförderungsmoratoriums an Amerikas Küsten brachte ihm eine (in der Öffentlichkeit jedoch überbetonte³⁵) politische Ohrfeige vom republikanischen Umweltaktivisten Arnold Schwarzenegger ein. Als Gouverneur von Kalifornien hatte dieser sich zwar zu Beginn des Jahres mit seinem Endorsement hinter McCain gestellt, wies jedoch als Gouverneur des Küstenstaates mit dem größten Umwelttechnologiesektor McCains neuste Energieinitiative zurück: "Kaliforniens Küstenstreifen ist ein internationaler Schatz.

³¹ "Climate Is a Risky Issue for Democrats", Juliet Eilperin, Washinton Post, 6. November 2007

³² Vgl. "McCain tries to have it both ways", Meteor Blades, 14. Mai 2008, Daily Kos, <http://www.dailykos.com/storyonly/2008/5/14/194936/055>

³³ Vgl. "Climate Change Bill Would Damage the Economy, Critics Say", Kaitlynn Riely, CNSNews.com

³⁴ Vgl. "Climate legislation invites contrasting claims", Gannett News Service, 10. Juni 2008

³⁵ <http://politicker.com/mccain-schwarzenegger-forget-differences-during-santa-barbaraevent>

²⁹ Ebenda

³⁰ Vgl. "Obama Camp Closely Linked With Ethanol", Larry Rother, The New York Times, 23. Juni 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

Ich unterstütze die Aufhebung des Bohrverbotes für neue Ölförderungen an unseren Küsten nicht." Stattdessen solle Amerika zur künftigen Energieversorgung die Richtung seines Bundesstaates Kalifornien einschlagen "hin zu größerer Innovation in neuen Technologien und neue Brennstoffoptionen für Verbraucher."³⁶ Die innerparteilichen Kämpfe um die "richtige" Klimapolitik der Republikanischen Partei haben inzwischen Befürchtungen ausgelöst, dass sie beim Parteitag der Republikaner im August in einen öffentlichen Kampf um das republikanische Parteiprogramm ausufern könnten: "Die Schlacht kann möglicherweise nicht verhindert werden", so urteilt die Washington Post³⁷. McCain, so ein Umwelt- und Energieexperte des Competitive Enterprise Institutes, "schwimmt wirklich gegen den Strom seiner Partei"³⁸. McCain selbst versucht nun aus diesem "Handicap" eine Tugend zu machen. Die erste „Obama-Attack-Ad“ der McCain-Kampagne macht aus dieser innerparteilichen Not eine klimapolitische Tugend durch Werbung mit der Führungsrolle McCains: "Er zwingt seine eigene Partei zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel"³⁹. – im Gegensatz zu Barack Obama, der zu allen Klima- und energiepolitischen Vorstößen McCains nur "Nein" sage und seiner eigenen Parteilinie folge. Dass die republikanische Parteizentrale beim Negativauftakt des Obama-McCain-Wahlkampfes ausgerechnet mit dem Fokus Klima- und Energiepolitik ins Feld gerückt ist, lässt vermuten, dass dieses Thema in der heißen Phase der Kampagne eine noch wichtigere Rolle spielen und als Kristallisierungspunkt die Unterschiede zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten schärfer akzentuieren wird. Dabei werden insbesondere die

³⁶ Pressemitteilung "Governor Schwarzenegger Reiterates Opposition to New Drilling off California's Coast", 18. Juni 2008, <http://gov.ca.gov/index.php?/print-version/pressrelease/9917/>

³⁷ Vgl. "Conservatives Ready to Battle McCain on Convention Platform", Michael Shear, Washington Post, 7. Juli 2008

³⁸ Ebenda

³⁹ "RNC Launches First Anti-Obama Ad", Susan Davis, The Wall Street Journal online, 7. Juli 2008

klimapolitischen Brennpunkte Atomkraft, Naturschutz, Ölbohrungen und Ethanol zur Polarisierung der beiden Lager beitragen. Obamas Gegenattacke ließ nicht lange auf sich warten. Mit einem Anti-McCain-Spot, der in denselben US-Bundesstaaten wie die McCain-Werbung ausgestrahlt wurde, konterte er: "Bei Benzinpreisen ist McCain ein Teil des Problems." In Umwelt- und Energiefragen habe McCain zu 95 Prozent mit der Bush-Linie abgestimmt.⁴⁰

US-Bundesstaaten als Wegbereiter

Ein wichtiger inneramerikanischer Faktor, der auf eine neue klimapolitische Richtung der amerikanischen Bundesregierung hinwirkt, ist der Druck aus den US-Bundesstaaten⁴¹, die seit Jahren mit eigenen Initiativen das bundespolitische Hinterhinken der Bush-Administration in Sachen Klimapolitik zu kompensieren suchen. Dies geschah in Form von regionalen klimapolitischen Zusammenschlüssen (z.B. die Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) der Nordoststaaten und die Western Climate Initiative (WCI) entlang der Westküste Nordamerikas) und in regionalen Koalitionen klimafreundlicher Gouverneure (z. B. die Western Governors Association's Clean and Diversified Energy Initiative und der Midwestern Greenhouse Gas Accord). Klimapolitische Pionierarbeit leistete allen voran der Bundesstaat Kalifornien mit einer Fülle von Landesgesetzen zum Klimaschutz (z.B. der California Global Warming Solutions Act von 2006), insbesondere mit den Vorstößen von Gouverneur Arnold Schwarzenegger bei der Festlegung seines Landes auf die "80% bis 2050"- Emissionsreduktionen. Mit diesen Klimainitiativen spielen die US-Bundesstaaten nicht nur eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz der Vereinigten Staaten, sondern schaffen ein positives politisches "Klima" für klimapolitische Maßnahmen auf

⁴⁰ Vgl. RealClearPolitics, "Obama: New Energy", 8. Juli 2008 http://www.realclearpolitics.com/video_log/2008/07/obama_energy.html

⁴¹ Vgl. Pew Center on Global Climate Change, "Learning from State Action on Climate Change", Update Dezember 2007, http://www.pewclimate.org/docUploads/States%20Brief%20Template%20_November%202007_.pdf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

Bundesebene. Ähnliche Initiativen gibt es im Kommunalbereich, beispielsweise das Abkommen von 500 US-Bürgermeistern, die sich zu den Emissionsbeschränkungen des Kyoto-Abkommens bekennen und den Druck auf ihre jeweiligen Landesregierungen, aber auch die Bundesregierung und den Kongress ausüben wollen, ähnliche Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung einzuführen⁴². Damit sind die amerikanischen Bundesstaaten und Kommunen zu wirksamen Lobbyisten für eine aktivere US-Klimapolitik geworden und haben durch ihre Initiativen einen fruchtbaren Nährboden für die zu erwartende klimapolitische Trendwende des neuen US-Präsidenten bereitet.

Neue Impulse bei internationalen Klimaverhandlungen

Angesichts der klimapolitischen Führungsrolle der Bundesstaaten, aber auch der seit der Machtübernahme der Demokraten bereits eingetretenen Veränderungen im US-Kongress und der zu erwartenden Politikwende im Weißen Haus, hoffen Umweltpolitiker weltweit auf ein neues Engagement der Vereinigten Staaten bei internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Insbesondere von den USA als dem Land mit den höchsten Treibhausgasausstößen der Welt⁴³ erwartet die Völkergemeinschaft ein aktives Mitwirken an dem Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls in Kopenhagen 2009 und bei den G8+5-Verhandlungen. Die "large emitters meetings"-Initiative von Präsident Bush war bis-

⁴² Die Rolle der US-Kommunen für einen verstärkten transatlantischen Klima- und energiepolitischen

Dialog werden von Dale Medearis in "Local Authorities as Leaders in the Transatlantic Climate and Energy Dialogue" untersucht, FACET Commentary No. 13 – June 2008. Vgl. <http://www.aicgs.org/documents/facet/medearis.facet13.pdf>

⁴³ Eine niederländische Umweltagentur hat vor kurzem errechnet, dass China die USA inzwischen als "the world's biggest polluter" überholt hat. Allerdings sind die USA weiterhin der weltweit größte Umweltverschmutzer pro Kopf (19.4 Tonnen CO₂ vgl. mit 5.1 Tonnen pro Kopf in China). Vgl. "Poor countries seek break in climate talks long deadlocked by You First principle", The Associated Press, 14. Juni 2008

her lediglich auf internationale Skepsis, wenn nicht sogar Ablehnung gestoßen, da sie weder steuerliche Maßnahmen (emissions tax), noch Emissionshandel oder andere Regelwerke, obligatorische Maßnahmen oder international bindende Verpflichtungen avisierte. Insbesondere bei den Europäern führte Bushs "Führungsrolle" in der Klimapolitik zu Frustration, allen voraus beim deutschen Umweltminister, der sie als "losership instead of leadership"⁴⁴ bezeichnete. Sowohl McCain und Obama haben dagegen ein neues globales Klimaengagement angekündigt. McCain versprach in seiner klimapolitischen Grundsatzrede in Portland, selbst beim Nichtgelingen der Einbindung Chinas und Indiens in internationale Klimaabkommen (ein oft zitierter Hinderungsgrund für die Bush-Regierung), als Präsident eine klimapolitische Führungsrolle zu übernehmen: "Wir haben selbst dann die Verpflichtung, zu handeln."⁴⁵ McCain beabsichtigt, in diesem Falle, eine "wirksame Diplomatie" mit diesen Ländern in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und anderen gleichgesinnten Ländern zu entwickeln, um beispielsweise durch Technologietransfer zu Emissionsbegrenzungen zu gelangen⁴⁶. Obama verspricht ebenfalls ein konstruktives "re-engagement" der USA in den Klimaverhandlungen der UNO und erkennt den UNFCCC-Prozess als das Hauptforum für internationale Klimaverhandlungen an. Außerdem beabsichtigt er ein neues Forum der Staaten mit den größten Treibhausgasemissionen (Industrieländer plus Schwellenländer) ins Leben zu rufen, ein "Global Energy Forum", das alle G8-Mitgliedstaaten plus Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika umfasst.⁴⁷

⁴⁴ "German Minister Attacks US Climate Policy", Deutsche Welle, 17. April 2008, [http://www.dw-](http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3273751,00.html)

[world.de/dw/article/0,2144,3273751,00.html](http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3273751,00.html)

⁴⁵ Klima-Rede McCains in Portland, Oregon, am 12. Mai 2008, <http://www.johnmccain.com/Informing/News/Speeches/Read.aspx?guid=0b381abde573-459d-8716-fbd83ab62d8d>

⁴⁶ Ebenda

⁴⁷ Vgl. "The Blueprint for Change", <http://www.barackobama.com/pdf/ObamaBlueprintForChange.pdf>

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

Vorsichtiger Optimismus statt überzogene Erwartungen

Vor diesem Hintergrund war die von Präsident Bush mitgetragene Erklärung des G8-Gipfels zur Verpflichtung der Industrieländer auf eine "50% bis 2050"-Emissionsreduktion zugleich "monumental und ererblich"⁴⁸ sowie darüber hinaus ein weiteres Indiz für ein Voranschreiten der amerikanischen Klimapolitik, das sich im Laufe des letzten Jahres mit Bushs "Major Economies"-Initiative angebahnt hatte. Mit der neuen G8-Vereinbarung ist ein wichtiger Grundstein für die künftige US-Klimapolitik gelegt und der Nachfolger des jetzigen US-Präsidenten schon jetzt zu diesem wichtigen Emissionsziel verpflichtet. Es ist indes zu erwarten, dass sowohl Obama als auch McCain anspruchsvollere Ziele für die USA ins Auge fassen: "Dankenswerterweise haben die Senatoren John McCain und Barack Obama versprochen, mehr zu tun. Es wird einem von ihnen zufallen, die Politik des Wandels zu entwerfen und zu implementieren – genauso wie es das Erbe von Herrn Bush sein wird, dies versäumt zu haben."⁴⁹ Dennoch sollte der vorzeitige Jubel einiger Umweltschützer über die "Unvermeidbarkeit"⁵⁰ von Emissionsgrenzen in den USA durch ein gesundes Maß an Skepsis gedämpft werden. Die klimapolitischen Grabenkämpfe anlässlich des jüngst gescheiterten Emissionshandelsgesetzes im US-Senat haben die Fronten künftiger Klimakämpfe klar umrissen. Republikaner sprechen sogar von einem neuen Lackmus-Test der Klimagesetzgebung nach dem Motto: "Wenn das Gesetz Energiepreise erhöht, ist es eine Totgeburt."⁵¹ Auch mit einem von umwelt-

freundlichen Demokraten dominierten Kongress und einem "grünen" amerikanischen Präsidenten müssen Gesetze und völkerrechtliche Abkommen ratifiziert und US-Politiker im unbarmherzigen Takt von zwei Jahren (alle Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren) in finanziell aufwendigen Wahlkampagnen wiedergewählt werden. So warnt ein Beobachter, dass Klimagesetzgebung in den USA "Krieg bedeutet. Und im Krieg ist der Ausgang nie vorhersehbar."⁵² Statt Euphorie ist also eher vorsichtiger Optimismus angebracht. In diesem Sinne sieht die Vorsitzende des Umweltausschusses im Senat, Barbara Boxer, das gescheiterte Klimagesetz dennoch als "good roadmap for the next President"⁵³. Für die transatlantischen Beziehungen bedeuten diese politischen Weichenstellungen bessere Aussichten auf einen intensiveren klimapolitischen Dialog.

⁴⁸ "No G(8) Accomplishment", Editorial, Washington Post, 10. Juli 2008,

<http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2008/07/09/AR2008070901977.html>

⁴⁹ Ebenda

⁵⁰ "Why the Climate Bill Failed", Eric Pouley, TIME, 9. Juni 2008, <http://www.time.com/time/nation/article/0,8599,1812836,00.html>

⁵¹ Für das konservative Wall Street Journal ist der Klimawandel "eine wirtschaftliche, keine theologische Frage". "Kyoto's Long Goodbye", Editorial, Wall Street Journal, 11. Juli 2008

⁵² "Why the Climate Bill Failed", o.a.

⁵³ Ebenda

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

McCains Beraterteam⁵⁴

Der wichtigste innenpolitische Schlüsselberater von John McCain, der auch für Energie- und Umweltpolitik zuständig ist, ist Douglas Holtz-Eakin, ehemaliger Leiter des Congressional Budget Office. Außerdem verfügt das McCain-Lager über eine Reihe von "Vollblutpolitikern", u.a. Senator George Allen aus Virginia, Robert McFarlane, ehemaliger Nationalen Sicherheitsberater von Präsident Reagan, und James Woolsey, ehemaliger CIA-Direktor.

Obamas Beraterteam

Neben Friedensnobelpreisträger und Ex-Vizepräsident Al Gore, den Barack Obama als Präsident möglicherweise als Klimaberater in sein Kabinett aufnehmen würde, gibt es eine Reihe von Klima-, Energie- und Umweltberatern, die in der Obama-Kampagne eine prominente Rolle spielen. Der wichtigste Berater für Energie- und Umweltfragen im Obama-Lager ist Jason Grumet, Präsident des Washingtoner Think Tanks Bipartisan Policy Center. Daneben spielen Daniel Kammen, Professor für Energie, Ordnungspolitik und Nukleare Ingenieurwissenschaften an der University of California (Berkeley) und Howard Learner, Geschäftsführer des Environmental Law and Policy Center in Chicago, eine wichtige Rolle. Weitere Experten im umwelt- und energiepolitischen Beraterstab sind Julie Anderson, ehemalige Expertin für Klimawandel bei der Union of Concerned Scientists, und Frank Loy, ehemaliger Präsident des German Marshall Fund und derzeit Vorstandsmitglied in einer Reihe von Umweltverbänden.

⁵⁴ Vgl. "Shades of Green", Margaret Kriz, National Journal, 21. Juni 2008, http://www.nationaljournal.com/njmagazine/nj_20080621_6762.php?related=true&story1=nj_20080621_6762&story2=dj_20060320_2&story3=nj_20080619_5784

AUSLANDSBÜRO U.S.A.
DR. NORBERT WAGNER
URSULA CARPENTER

18. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/washington

Im Vergleich ⁵⁵	Barack Obama	John McCain
Erderwärmung als Problem	"Das Problem des Klimawandels ist ein Thema, das wir auf unsere eigene Gefahr hin ignorieren. Wir haben die wissenschaftliche Gewissheit, dass die weitere Nutzung von fossilen Brennstoffen uns zu einem irreversiblen Wendepunkt bringen wird."	"Klimawandel ist ein globales Problem, das eine globale Lösung erfordert. Wir wissen, dass Amerika sowohl eine Pflicht und ein zwingendes nationales Interesse daran hat, unsere historische Führungsrolle zu erfüllen."
Emissionshandel ("cap-and-trade")	Obama befürwortet den Emissionshandel mit dem Ziel, bis 2050 80% unter dem Stand von 1990 zu liegen. (100%ige Versteigerung der Zertifikate).	McCain befürwortet den Emissionshandel mit dem Ziel, bis 2050 60% unter dem Stand von 1990 zu liegen (Teilversteigerung).
Treibstoffverbrauchsnormen für Kfz ("CAFE standards")	Anhebung der Kfz-Normen auf 40 mpg, bei leichten LKWs auf 32 mpg bis 2020. Für die Umstellung der Autoindustrie Steuererleichterungen und Zuschüsse für Kosten der Krankenversicherung für die Mitarbeiter.	Unterstützt eine Anhebung der Kfz-Normen auf 35 mpg, stimmte jedoch gegen eine Anhebung auf 40 mpg bis 2020
Erneuerbare Energien	Wird \$150 Mrd. über 10 Jahre hin in Bio-Brennstoffe investieren und fordert, daß bis 2025 25% des US-Stromverbrauchs aus sauberen erneuerbaren Energiequellen stammt.	Will die Entwicklung einer Infrastruktur und die Nachfrage fördern, um den Wettbewerb von Bio-Brennstoffen zu ermöglichen.
Biokraftstoff	Fordert die Erzeugung von jährlich 60 Mrd. Gallonen Biokraftstoff in den USA bis 2030; 32 Mrd. Gallonen jährliche Erzeugung und Verbrauch bis 2022; befürwortet Steuervergünstigungen für Tankstellen zur Umstellung auf E85.	Befürwortet Biokraftstoffe, lehnt jedoch Ethanolsubventionen ab. "Wir werden das Ziel einer schnellen Konversion amerikanischer Fahrzeuge weg vom Öl erreichen."
Kohle	Befürwortet saubere Kohle und Kohle-Verflüssigung - falls dies über die Laufzeit 20% weniger CO2 ausstößt als herkömmliche Brennstoffe. Obama fordert, daß alle Transportbrennstoffe in den USA bis 2015 5% und bis 2020 10% weniger CO2 enthalten.	McCain befürwortet Kohle zur Energieerzeugung, aber auch saubere Nutzungsarten.

⁵⁵ Quellen: u.a. Brookings Institution, Candidate Issue Index, http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2008/0129_climate_change_antholis_opp08/0129_climate_change_antholis_opp08.pdf New York Times: <http://politics.nytimes.com/election-guide/2008/issues/climate.html> und http://www.grist.org/candidate_chart_08.html

18. August 2008

www.kas.de
www.kas.de/washington

Kernenergie	Befürwortet Atomenergie als Teil des Energiemixes. Stimmt für den "Climate Stewardship and Innovation Act" (McCain/Lieberman; 2007), der \$200 Mio. zur Erneuerung jedes Atomkraftwerkes vorsieht. Er ist gegen den Ausbau der Atomenergie solange Schlüsselprobleme, wie Sicherheit und Endlagerung nicht gelöst sind. "Meine Position ist nicht: 'Nie Atomenergie.'"	Will Atomenergie ausbauen. "Wenn Frankreich 80 Prozent seines Stromverbrauchs aus Atomkraft produzieren kann, warum nicht auch wir?" (45 neue Atomkraftwerke bis 2030)
Ausländische Ölimporte	Strebt eine Reduzierung des Ölverbrauchs um 35% bis 2030 an (d.h. mehr als der gegenwärtige US-Ölimportes aus den OPEC-Ländern)	Strebt die Unabhängigkeit der USA von ausländischen Ölimporten bis 2025.
Energieeffizienz	Strebt eine Verbesserung um 50% bis 2030 an.	Befürwortet bessere Energieeffizienz durch verbesserte Technologienutzung in Gebäuden und Fahrzeugen. Dabei soll die Bundesregierung bei eigenen Gebäuden und Fahrzeugen eine Vorbildrolle einnehmen.
Amerikas internationale Führungsrolle	Befürwortet eine globale Führungsrolle beim Emissionsabbau (80% bis 2050) und will einen Zusammenschluss der größten Verschmutzer schaffen ("Global Energy Forum") mit G8-Staaten plus Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Sieht das "Re-engagement" und eine konstruktive Zusammenarbeit der USA mit dem UNFCCC.	Befürwortet US-Führungsrolle bei globalen Anstrengungen unter Einbeziehung der Entwicklungsländer, insb. China und Indien – durch Post-Kyoto-Abkommen und Technologietransfer
Innovativer Energiemarkt "grüne Wirtschaft"	Will Millionen neuer "grüner Arbeitsstellen" schaffen durch Investitionen von \$150 Mrd. über 10 Jahre für die nächste Generation grüner Energietechnologie und Infrastruktur sowie Umschulungen von Arbeitnehmern für die "grüne Wirtschaft"	Will die amerikanische Wirtschaft "sauberer" und "sicherer" machen. Die Kosten dafür müssen jedoch für die US-Wirtschaft verkraftbar sein. Befürwortet erneuerbare Energien durch den Aufbau einer Infrastruktur für eine "post-carbon economy"